

SPD – Fraktion

Gemeinderat Geislingen

Stellungnahme zum Haushaltsentwurf 2011

Anrede,

„Wenn die Hoffnung nicht wär‘

so lebt ich nicht mehr“

Gemäß dieser alten Volksweisheit wollen wir auch an den diesjährigen Haushalt 2011 herangehen. Das Prinzip Hoffnung begleitet uns mittlerweile seit Jahren, da muss ein Geislinger Gemeinderat einiges aushalten und mit bangem Blick schaut er nach oben in der Hoffnung auf göttlichen Beistand. Das wird nichts werden, wir sind Realisten genug, um zu wissen, die Rettung, oder sagen wir lieber die Zukunft dieser Stadt liegt in unseren Händen. Auf Hilfe von außen zu setzen ist vergebliches Bemühen, Heinzelmännchen, die über Nacht unseren Haushalt in Ordnung bringen, gibt's halt nur im Märchen. Unser Sparwillen, unsere Zuversicht, durchzieht seit Jahren die Haushaltsreden und die tägliche Arbeit in diesem Gremium, da gibt es neben den zu erwartenden und begründeten Verschiedenheiten in Meinung und Einschätzung genügend viel Gemeinsamkeit. Wohl und Glück unserer Stadt waren immer Richtschnur unseres Handelns.

Nach guten Jahren, die bei uns allerdings relativ zu verstehen sind, haben wir uns jetzt wieder auf sehr magere einzustellen. Der Finanzplan spricht eine deutliche Sprache. Die Finanz- und in der Folge die Wirtschaftskrise weltweit hat uns mit einer Verspätung von zwei Jahren eingeholt. Die schon immer bescheidenen Einnahmen der Stadt brechen stark ein, die Zahlen der IHK-Analyse zeigen wo wir stehen. Sowohl in der Gewerbesteuer, ein altes Kummerkind, als auch am Anteil der Einkommensteuer liegen wir ganz hinten. Diese strukturelle Einnahmeschwäche unsere Stadt ist uns bestens bekannt, den Haushalt in den kommenden Jahren auszugleichen fordert uns alle Kraft und Fantasie ab. Der wirtschaftliche Abschwung in der Krise in Baden-Württemberg war wegen der starken Exportabhängigkeit mit einem minus von 7% des Bruttosozialprodukts besonders drastisch. Erfreulicherweise entwickelt sich nun, nachdem der Export wieder voll in Schwung gekommen ist, ein kräftiger Aufschwung; zuweilen macht sich Euphorie breit. Deutschland durchschritt sein „tiefes Tal der Tränen“ mit „Sieben-Meilen-Stiefeln“ und erarbeitete sich auf dem Weg hinaus aus der Krise den Ruf des „Wirtschaftsmotors Europas“.

Erfreulich im Land der Rückgang der **Arbeitslosigkeit**. Allerdings müssen wir feststellen, dass nicht überwiegend reguläre Arbeitsplätze entstehen, sondern Leiharbeit, befristete Arbeit und prekäre Arbeitsverhältnisse stark zunehmen, Das ist mit Blick auf die künftige Altersarmut besorgniserregend. Der Aufschwung, der die oberen Etagen der Unternehmen ins Schwärmen bringt, kommt nicht bei allen an. Bei Allgaier, Hörauf, auch bei der WMF spricht man über den Abbau von Arbeitsplätzen.

Während die Einen ohne jedes gesellschaftliche Verantwortungsgefühl schon wieder zocken und nichts gelernt haben, kämpfen Andere um ihr bescheidenes Einkommen. Arm und Reich fallen in und als Folge der Krise weiter auseinander, der gesellschaftliche Zusammenhalt

geht weiter verloren. Freilich, auf der kommunalen Ebene können wir diese Probleme nicht lösen, aber den Zorn darüber aussprechen, das darf man auch im Geislinger Gemeinderat.

Ärgerlich bleibt, dass Land und Bund den Kommunen Geld vorenthalten. Das **Wachstumsbeschleunigungsgesetz** führt bei den Kommunen des Landes zu Mindereinnahmen von rd. 250 Mio €. Ähnliches gilt für die Laufzeitverlängerung der **Atomkraftwerke**. Dort ist der Schaden für die Städte und Kreise gleich doppelt. So führt die Kernbrennstoffsteuer zu erheblichen Gewerbesteuerverlusten – sie geht an Bund und Land und wird von den großen Unternehmen an der Gewerbesteuer abgezogen. Allein durch diese beiden Gesetzgebungen fehlen den Kommunen in Baden-Württemberg pro Jahr 350 Mio €, das bedeutet ca. 35 € pro Einwohner, in Geislingen sind das 950 000 €. Eine kommunalfreundliche Politik können wir darin in Baden-Württemberg nicht erkennen. Gravierender noch empfinden wir die Täuschung zahlreicher Stadtwerke – bei uns das AEW - die sich in ihrer Zukunftsplanung betrogen sehen. Viele haben mit Weitblick gegen den Atomstrom in eine zukünftige und nachhaltige Energieversorgung investiert (Fotovoltaik, Bioenergie, Windkraft ...) und sind jetzt die Betrogenen.

Gewerbesteuer erhalten .- Wenigstens ein kurzer Abschnitt zur Gewerbesteuer. In der Gemeindefinanzkommission wird auf Betreiben der Bundesregierung regelmäßig die Abschaffung der Gewerbesteuer diskutiert. Hauptargument ist natürlich ihre Konjunkturanfälligkeit. Dennoch sprechen wir uns, wie andere Kommunalvertreter auch, eindeutig für die Beibehaltung aus. In guten Jahren bildet man Rücklagen und sorgt damit für schlechte Wirtschaftsjahre vor. So geschieht es jetzt auch. Man müsste sie nach dem Kommunalmodell der Spitzenverbände auf eine breitere Bemessungsgrundlage bringen und die Freiberufler und Selbständigen mit einbeziehen. Alle profitieren von der Infrastruktur einer Gemeinde, insofern sollten auch alle daran beteiligt werden. Ein Ersatz der Gewerbesteuer durch kommunale Hebesatzrechte bei der Einkommensteuer führt letztlich dazu, dass die Arbeitnehmer für die steuerliche Entlastung der Unternehmen aufkommen müssten. Herr Brüderle mag das gut finden, wir nicht ! Weiterhin bedeutet ein kommunales Hebesatzrecht auf die Einkommensteuer u.a. eine unheilvolle Wettbewerbsverzerrung zwischen kommunalen Nachbarn – nach dem Motto: da wo's billiger ist lass ich mich nieder.

Kreisumlage.- Wieder einmal steht uns eine Erhöhung der Kreisumlage ins Haus – 10,5 Mio € sollen es 2011 sein. Wir beklagen zurecht, dass die Gewerbe- und die Grundsteuer zusammen seit Jahren nicht mal mehr die Kreisumlage aufbringen. Beide Steuern sind in unserer Stadt mit ihren strukturellen Schwächen seit Jahren annähernd konstant, während die Kreisumlage regelmäßig jährlich steigt. Wir können dies beklagen, aber es hilft uns nicht wirklich, Uneinsichtigkeit und Ignoranz des Kreistags und des Landrats zu beschwören. Auch sie stehen unter dem Druck ständig steigender Sozialausgaben, die den Kreishaushalt knebeln. Die wirklich Schuldigen und Übertäter sitzen weiter oben auf Landes- und Bundesebene. Dort werden die Gesetze beschlossen, deren Ausführung und Finanzierung sie großzügig den Kreisen und Gemeinden überlassen. Es stimmt eben nicht zusammen, dass bei sinkenden Steuereinnahmen für die soziale Sicherung immer mehr aufgewendet werden muss, vorzugsweise auf der unteren kommunalen Ebene. Das muss zum Kollaps führen. Aus dieser Verantwortung heraus stellte die SPD-Kreistagsfraktion den Antrag, die Kreisumlage auf 38,85 Punkte zu beschränken.

„Mit einem dauerhaften Defizit (der Gemeinden) ist weder eine bessere Kinderbetreuung noch eine bessere Förderung der Ausländerintegration machbar“ beklagt der Geschäftsführer des Städtetags.

Der Austausch gegenseitiger Vorwürfe zwischen Stadt und Kreis ist aber dem Problem nicht dienlich. Wer aber bei den Steuereinnahmen in der Region Stuttgart Schlusslicht ist, der kann jährlich steigende Kreisumlagen nicht aufbringen; diese Botschaft muss endlich beim Kreistag und beim Landrat ankommen, auch wenn sie unter der gleichen Knebelung leiden.

Hinter unserem Widerstand steckt nicht Lust an der Rebellion, ganz einfach, die Möglichkeiten unserer Stadt sind erschöpft.

Erhöhung der Grund- und Gewerbesteuer.- Herr Pawlak hat uns in seiner sehr guten, umfassenden Haushaltsrede die finanzielle Situation der Stadt detailliert dargestellt. Wir liegen bei den Hauptausgaben (Personal, Verwaltungs- und Betriebsausgaben) im Vergleich auf einem guten Platz. Darin spiegeln sich unsere zahlreichen und vielfältigen Konsolidierungsmaßnahmen und Erfolge wieder. Das sei bei dieser Gelegenheit guten Gewissens vermerkt. Leider sind wir bei den Einnahmen unverhältnismäßig auf die Schlüsselzuweisungen angewiesen, und die steuert das Land nach seinen Bedürfnissen. Immerhin konnten wir in den vergangenen, guten Jahren 6,8 Mio € Rücklagen bilden, die wir in den jetzt vor uns liegenden Jahren vollständig verbrauchen müssen. Dazu kommen nach seiner Rechnung in den Jahren 2010 – 2013 Kreditaufnahmen von 15,4 Mio €. Schlussendlich wäre unser Schuldenstand am Ende des Finanzplanungszeitraums gegenüber 2009 annähernd verdoppelt. Das darf so nicht kommen.

Seine Folgerung: „die vor uns liegenden Aufgaben und Ausgaben lassen sich ohne weitere Entgelt- und Gebührenerhöhungen und ohne Steuererhöhungen nicht mehr finanzieren.“ Ein klarer Satz. Wie es die Gemeindeordnung vorschreibt, werden wir also im nächsten Jahr mehrfach Gebührenerhöhungen beraten müssen, schließlich stehen sie in der Rangfolge noch vor den Steuererhöhungen.

So wie die Dinge liegen, wird die SPD-Fraktion den jetzt vorgeschlagenen Steuererhöhungen auf 395 Punkte zustimmen, schließlich brauchen wir einen genehmigungsfähigen Haushalt und wenigstens einen geringen Handlungsspielraum. Erstaunlich ist in diesem Zusammenhang zu lesen, dass selbst reiche Städte wie Waiblingen oder unsere Nachbargemeinde Böhmenkirch Steuererhöhungen beschließen. Über weitere Erhöhungen wie im Finanzplan vorgegeben, müssen wir zunächst nicht sprechen.

In diesen Zusammenhang passt ein Begriff, den der OB von Oberhausen geprägt hat: er spricht von der „**Vergeblichkeitsfalle**“ der Gemeinden. „Verschuldung ist mittlerweile etwas Normales. Aus ihr wieder herauszukommen scheint hingegen vergeblich!“

Schließung der Geburtsklinik – der neue politische Dialog

Heftig erregt hat in den vergangenen Tagen die vom Aufsichtsrat der Kreiskliniken beschlossene Schließung der Geburtsklinik in Geislingen. Völlig unvorbereitet traf uns alle diese Entscheidung. Dagegen formiert sich zu Recht heftiger Widerstand, und dies aus zwei Gründen.

1. Seit Stuttgart 21 wissen wir, dass wir neue Wege des politischen Dialogs beschreiten müssen. Es geht heute eben nicht mehr, ein so emotional besetztes Thema einfach in einem Aufsichtsrat nichtöffentlich zu beschließen und dann drei Wochen vor Weihnachten diese Entscheidung dem Personal und dann der Bevölkerung bekannt zu geben, in der Hoffnung, die Geislinger Bürger würden das Ergebnis widerspruchslos hinnehmen. Das geht nicht mehr so, das hätten die Kreisräte und der Landrat wissen müssen. Man hätte sehr wohl darüber sprechen müssen, wie man mit den Bürgern darüber reden muss und sie von der Notwendigkeit des Schrittes überzeugen kann. Bürger frühzeitig informieren, mitnehmen, auf sie zugehen, das wäre der richtige Weg gewesen. Der gesamte Vorgang ist ja in seinem Ablauf rechtlich einwandfrei, aber er ist tief undemokratisch, die Bürger bleiben außen vor. „**Mehr Demokratie wagen**“, mit diesem Satz ist einst Willy Brandt angetreten, er ist heute so aktuell wie damals. Kritikwürdig sind vor allem der Stil und der Umgang mit den Betroffenen. Zwei Tage vor dem Gang zur Presse wird die Entscheidung den Mitarbeitern einfach mitgeteilt. Der Geislinger Gemeinderat und der Oberbürgermeister erfahren den Beschluss aus der Zeitung. Da war nicht nur der OB „geschockt“, auch wir Gemeinderäte wurden ig-

noriert – das ärgert uns. So geht man nicht miteinander um. Das ist mieser Stil, das hätten auch die beteiligten Kreisräte wissen müssen.

Jetzt ist das Kind fürs erste in den Brunnen gefallen und es liegt an allen Beteiligten, es von dort wieder heraus zu holen.

Bürgerbeteiligung.- Wie schwer man sich mit Bürgerbeteiligung tun kann, haben wir anlässlich der Auseinandersetzungen um das Einkaufszentrum „Nel Mezzo“ am städtischen Sportplatz erfahren. Die Bürgerinnen und Bürger selbst haben das Thema auf die Tagesordnung gesetzt. Besser gelang das schon bei den Infoveranstaltungen zum „Kombibad“.

Oft hören wir Klagen von gesellschaftlichen Gruppen, dass ihre Kompetenz und ihr Engagement nicht genutzt wird. Warum nicht z.B. den Stadt seniorenrat zur Mitarbeit auffordern in Fragen, die ältere Menschen in der Stadt betreffen. Sie sind sachkundige Bürger, nutzen wir ihren Sachverstand. Es muss ja nicht gleich mit Antragsrecht sein.

Auch beim Bau des 5-Täler-Bades gab es mehrfach Bürgeranhörungen mit zahlreichen Vorschlägen aus der Bürgerschaft. Es geht auch anders, wobei manches erst auf Druck aus dem Gemeinderat entstand.

Fazit: Die Beteiligung der Bürger, zumindest bei größeren Projekten, ist nicht notwendiges Übel, vielmehr soll gelten, wer von den Folgen einer Maßnahme betroffen ist, der sollte auch mitwirken können. Das bringt Akzeptanz und sozialen Frieden.

2. Nach den Vorgaben des Kreistags versucht Prof. Martin als Klinikleiter den Abmangel der beiden Kreiskliniken zu begrenzen; Ziel ist die schwarze Null. Vergessen und unterschätzt wurde aber die emotionale Bindung der Bevölkerung an ihr Krankenhaus und ihre Geburtsabteilung. Ein Krankenhaus gehört genauso zur städtischen Infrastruktur wie die Musikschule, die Stadtbücherei, die Bäder, die Jugendhäuser, die Sporthallen – vieles. All das zusammen ergibt die oft zitierten **weichen Standortfaktoren** in einer Gemeinde, die dann als Lebensqualität vor Ort erfahren werden. Wie wichtig den Geislinger Bürgern ihre Geburtsklinik ist, wurde in den vergangenen Tagen in der Spendenaktion und in den Demonstrationen deutlich. Im Sinne einer familienfreundlichen und **bürgerfreundlichen Kommunalpolitik** zählt die Geburtsklinik dazu.

Wirft man einen Blick auf die Zuschussbedarfe einiger städt. Einrichtungen, dann relativiert sich der Abmangel von 250 000 € bei der Geburtsklinik.

Musikschule	364 000 €	Jahnhalle	348 000 €
VHS	279 000 €	Michelberghalle	294 000 €
Stadtbücherei	429 000 €	Bäder	900 000 €

Betriebswirtschaftlich betrachtet müssten wir diese Einrichtungen schließen. Wir werden das nicht tun, weil eben diese Einrichtungen für die Zufriedenheit und das Lebensgefühl der Bürgerschaft von entscheidender Bedeutung sind. Der Mensch lebt nicht vom Brot allein! Schlafgemeinden in unserer Nachbarschaft tun sich da sehr viel leichter!

Die eigentliche Frage muss heißen: welchen Abmangel ist uns eine Geburtsklinik in Geislingen wert? Dies ist eine politische Frage.

Jetzt wird es darauf ankommen, einen Kompromiss zu finden. Die Zeit der giftigen Kommentare ist vorbei. Es bleibt zu hoffen, dass auf dem Verhandlungsweg die Entscheidung ausge-

setzt wird und man im kommenden Jahr in Ruhe nach einer befriedigenden Lösung suchen kann. Vielleicht liegt sie in der Neugründung des geplanten Geburtshauses.

Die SPD-Fraktion unterstützt die Initiative zum Erhalt der Geislinger Klinik.

Alle die oben erwähnten Einrichtungen, von den Kindergärten bis zur Stadtbücherei, vom Fünf-Täler Bad bis zur Jahnhalle, und die Geburtsklinik gehört dazu, sind wichtige Elemente der **Daseinsfürsorge und Daseinsvorsorge** in unserer Stadt. Sie bestimmen die Lebensqualität einer Gemeinde und unser Ziel wird es immer sein, diese Lebensqualität, gemessen an unseren Möglichkeiten, möglichst hoch zu halten. Dann ist eine Stadt lebens- und liebenswert.

Über einige Investitionen

Fünf-Täler Bad .- Ein schönes Beispiel gelungener Kommunalpolitik ist unser jetzt eingeweihtes 5-Täler Bad, da dürfen wir recht zufrieden ein. Unsere Entscheidung für den Bau des Bades mit all seinen neuen Möglichkeiten war richtig, es ist ein schönes, neues Bad entstanden, wenngleich der prognostizierte Abmangel zunächst höher sein wird. Manche kritische Stimme wird nach dem ersten Anblick oder Besuch verstummen. Es ist nicht nur blitzneu, es ist auch nach den neusten ökologischen Kriterien ein guter Wurf, sonst müsste man angesichts des dampfenden Außenbeckens ein schlechtes Gewissen kriegen. Für das Frühjahr steht noch die umfangreiche Außengestaltung mit zahlreichen Parkplätzen an. Nach dem lebhaften Besuch am „Tag der offenen Tür“ zu urteilen, wird das Bad viele Freunde gewinnen. Anblick und Ausstattung werden die Besucher überzeugen; angesichts der mehrfach geäußerten Kritik an den Eintrittspreisen und der Dauerkartenregelung im Sommer sollten wir am Jahresende über die Preise nochmals sprechen.

Ich persönlich hätte mir die **Außengestaltung** noch umfassender gewünscht, d.h. den alten, benachbarten Schuppen mit beseitigen, dann hätte dahinter ein reizvoller Biergarten entstehen können, der im Sommer nach dem Baden viel Zuspruch gefunden hätte. Eine Lösung zur Unterbringung der Materialien des Stadtjugendrings hätte sich mit gutem Willen bald gefunden. Eine Gesamtgestaltung in diesem Sinne hätte auch dem neuen Bad gutgetan. Vielleicht ist die Chance ja noch nicht vertan.

Die weitere Umgestaltung der **Außenbecken** wird wohl einige Jahre warten müssen.

Aus gegebenem Anlass weisen wir noch einmal darauf hin wie nützlich und richtig die Bürgerbeteiligung bereits in der Planungsphase war. Viele Vorschläge wurden eingebracht, einige davon verwirklicht, andere mussten aus finanziellen Gründen weggelegt werden; die Grenze von 10 Mio € bestand zurecht. Also: Bürgerbeteiligung tut not, ist kein Selbstzweck, sondern ein wichtiger demokratischer Prozess in der Stadt.

Das alte Hallenbad.- Nach verschiedenen Prüfungen für eine neue Nutzung des alten Hallenbades steht jetzt wieder die Umgestaltung zu einer Sporthalle im Vordergrund. Die Schulen und Vereine würden sich freuen, der Bedarf an Hallenplätzen ist vorhanden. Das Projekt wird uns im nächsten Jahr beschäftigen. Jedenfalls wurden die Pläne für ein Kinderhaus vernünftigerweise weggelegt.

Sanierungsgebiet Altstadttrand.- Die jetzt noch fehlenden Abschnitte betreffen die Gestaltung um die Stadtkirche, gemeinsam mit dem Schubartschulhaus. Nach Aussagen des Denkmalamtes ist eine weitere Nutzung des Oberlin-Kindergartens durchaus möglich – eine gute Botschaft. Nach anfänglichen Bedenken kann jetzt die Sanierung des Gebäudes mit einer späteren Nutzung als zweigruppiger Kindergarten beginnen. Dann ergibt sich am Ende ein schönes Ensemble aus neuer Stadtkirche, Kindergarten und Kirchplatz, und die hässlichen Garagen sind weg. Deutliche Bedenken hinsichtlich der Finanzierung melden wir für den nächsten Jahr in Angriff zu nehmenden Bereich östlich der Hauptstraße – Hansengasse, Lammgasse ...Die Sanierung ist natürlich wünschenswert, dennoch melden wir angesichts

von 930 000 € deutliche Vorbehalte an. Wir müssen in den Haushaltsberatungen darüber reden – wir neigen zum Streichen und Schieben. Ich weiß wohl, man wird entgegenen, unser Hauptproblem ist der Verwaltungshaushalt, aber, unser Eigenanteil wäre immer noch sehr hoch. Erinnerung sei an die negative Zuführungsrate von 2,57 Mio € an den Verwaltungshaushalt.

Siechenkapelle.- 49 000 € für die Renovierung der Siechenkapelle wurden in der Änderungsliste wieder gestrichen. Man muss aber bedenken, dass 20 000 € vom Kunst- und Geschichtsverein beigesteuert werden, ein angemessener Betrag von der Denkmalstiftung zu erwarten ist. Dazu kommt das Preisgeld der Region (1500 €), das natürlich zweckgebunden ist. Der städtische Anteil würde sich nur auf ca. 20 000 € belaufen.

Bronnenwiesen.- 266 000 € für die Umlegung und Erschließung der Bronnenwiesen (2. Teil) findet unsere Zustimmung. Es handelt sich um eine große innerstädtische Baulücke, dazuhin ergeben sich dort durch Verkauf und Erschließungsbeiträge gute Refinanzierungsmöglichkeiten. Wir bitten um einen Bericht „Kosten – Nutzen“ für dieses Areal.

Sporthalle Aufhausen.- Ehrlicherweise müssen wir uns eingestehen, dass für den Neubau einer Sporthalle Aufhausen-Türkheim auch mittelfristig keine Mittel bereit stehen werden. Die Forderung nach einer Sporthalle für die beiden Stadtbezirke ist zweifellos berechtigt – allein es scheitert am Geld. In früheren Zeiten hätte man die Sporthalle dem Stadtbezirk zur 1150 Jahrfeier als Geschenk übergeben.

Sanierung Schulen.- Zu Recht haben wir in all den Jahren über betont, wie wichtig uns die gute Ausbildung der Kinder in den Schulen ist. Deshalb haben wir regelmäßig in die Schulen investiert, beim Ausbau der Uhland- und der Lindenschule zu Ganztageschulen, bei der Multimediaausstattung, oder in den vergangenen Jahren in das Helfensteingymnasium. Die Sanierung der Daniel Straub Realschule wird durch überzogene Forderungen des Denkmalamtes geradezu behindert. Ich sage es aber deutlich: es kann nicht gut sein, wenn die **Generalsanierung des Michelberg-Gymnasiums** immer wieder hinausgeschoben wird. Dies führt zu einem immer gravierender werdenden Wettbewerbsnachteil zuungunsten des MiGy hinsichtlich baulichem Zustand, Ausstattung und Einrichtung. Seit Jahren regnet es in das Schulgebäude herein, auch jetzt wieder. Die Attraktivität einer Schule hängt eben auch stark von ihrem Erscheinungsbild ab ! Eltern entscheiden sich bei der Wahl der Schule für ihre Kinder sehr wohl nach diesen genannten Kriterien, und da ist im Laufe der Jahre eine starke Schieflage entstanden. Diese Schieflage wird auch von den Eltern heftig beklagt. Zurückhaltung in den Forderungen sollte nicht zur Benachteiligung führen ! Immerhin ist das MiGy die größte Schule am Ort, jeden Tag gehen knapp 900 Schüler ein und aus. Jetzt ist selbst die Planungsrate gestrichen. Wir müssen in den Haushaltsberatungen darüber reden. Bei der Sanierung der Schulen darf nicht mit zweierlei Maß gemessen werden. Vielleicht sind ja die Prioritäten im Investitionshaushalt nicht richtig gesetzt.

So wie die Lindenschule einen neuen WAG-Raum (Wirtschaft-Arbeit-Gesellschaft) braucht (61 000 €), sind es bei den **Gymnasien NWT-Räume** (Naturwissenschaft und Technik). Es sei darauf hingewiesen, dass NWT ein Hauptfach ist. Im Falle des MiGy sind das drei Klassenstufen (8,9,10) mit je drei Klassen, zusammen 9 Klassen. In anderen Städten sind diese NWT-Räume längst vorhanden (Gmünd, Eisligen).

Die **Schuletats** um 10 % zu reduzieren ist kein guter Vorschlag. Wegen der zurückgehenden Schülerzahlen, insbesondere im Grundschulbereich, werden die Sachkostenbeiträge des Landes (Weitergabe zu 28%) geringer ausfallen. Damit einher geht bereits die Reduzierung der Schuletats.

Gewerbepark Schwäbische Alb, Technologieplattform Bioenergie und Methan (TBM).- Mit Erleichterung nehmen wir zur Kenntnis, dass das Großprojekt TBM gute Chancen auf Realisierung hat, wenngleich mit verringerter Rendite. Hoffen wir, dass alle Gesellschafter

den neuen Gegebenheiten zustimmen, damit das Leuchtturmprojekt zur Umsetzung kommt. Es ist ein attraktives Projekt, das weit ins Land ausstrahlen wird. Unlängst gab es den Spatenstich zu einem vergleichbaren Projekt. Dennoch beklagen wir die schleppende Nachfrage. Ab wann belastet das Gewerbegebiet den laufenden Haushalt?

Nicht vergessen wollen wir, dass wir und andere dort mit viel Geld in Vorleistung gegangen sind – dieses muss in überschaubarer Zeit wieder zu uns zurückfließen.

Anschaffungen.- „Der Gesamtbetrag für die Anschaffung beweglicher Sachen erscheint auf den ersten Blick recht hoch“ sagt der Kämmerer in seiner Rede. Ist das nicht auch beim zweiten Blick noch so? Die Verwaltung hat reagiert und beim Bauhof 221 000 € eingespart.

Familien, Kinder, Soziales, Integration

Unlängst wurde dem Gemeinderat ein umfassender Sozialbericht vorgelegt – dafür herzlichen Dank ! Zwei Zitate daraus:

1. Im Abschnitt 5 „**Demografiebericht**“ heißt es: „ Demografiefest zu sein heißt, eine bedarfsgerechte Infrastruktur für die sich verändernde Bevölkerung zur Verfügung zu haben und den dauernden Bestand der Gemeinde zu sichern. Zudem wird die Familienfreundlichkeit einer Kommune als wichtiger Standortfaktor angesehen, der dazu beitragen kann, den Rückgang und die Alterung der Bevölkerung abzumildern“.
2. „Das Vorhandensein einer qualitativ hochwertigen Infrastruktur für die Betreuung und frühe Bildung von Kindern sowie Angebote zur Stärkung der Erziehungskompetenzen der Eltern sind unverzichtbar.“

Im Sozialbericht sind einige Handlungsfelder und Herausforderungen der zukünftigen Kommunalpolitik benannt, die natürlich miteinander zusammenhängen. Es sind dies die Demografie, der Rückgang der Bevölkerung, sowohl durch Geburtenrückgang als auch durch Wanderungsverluste, der hohe Anteil relativ armer Familien. der hohe Anteil an Migrantenfamilien.

Weiterhin ist der Übergang zum Gymnasium in unserem Raum deutlich unter dem Landesdurchschnitt, und auch die letzte PISA- Studie hat wieder gezeigt, dass in keinem anderen Land der Bildungserfolg der Kinder so stark von der sozialen Herkunft abhängt. Das ist beschämend für eine reiche Gesellschaft und mit Blick auf eine gute Lebensperspektive für die Kinder ausgrenzend.

Wir wollen hinzufügen, gerade im Bereich Kinder, Jugend und Familien haben wir trotz finanzieller Engpässe in den vergangenen Jahren viel erreicht – haupt- und ehrenamtlich hat sich vieles getan. Vielleicht erklärt dieses vielfältige Bemühen zu einem Teil die Erkenntnis aus dem Sozialbericht, dass die Tatverdächtigen-Statistik bei Jugendlichen in Geislingen nicht auffällig vom Landesdurchschnitt abweicht, obwohl einige negative Parameter dies nahe legen würden. Da müssen wir uns nicht verstecken, manche Initiative wurde von der SPD-Fraktion angestoßen.

Dazu gehört unser Antrag zum Sozialpass bzw. zum **Gutscheinheft** für Bedürftige. Wir haben aber noch Zweifel, ob die darin angebotenen Vergünstigungen, z.B. der einmalige Besuch im Fünftälerbad ausreichend ist. Dazu erwarten wir gegen Ende 2011 einen Bericht.

Im vergangenen Jahr forderten wir die Einrichtung eines „**Runden Tisches Schulsozialarbeit**“; der wurde eingerichtet. Gibt es Ergebnisse? Wir bitten um einen Bericht.

Im Rahmen der Diskussion des Sozialberichts forderten wir einen Bericht über die Ergebnisse in der Kinderbetreuung und bei der **Sprachförderung** in den Kindergärten. Hat sich Verhalten und Sprachfähigkeit der Kinder verbessert? Wir bitten erneut um einen Bericht.

In unserer letzten Haushaltsrede beantragten wir, den **Fachkräfteschlüssel** in den Kindergärten innerhalb von drei Jahren auf 1,8 pro Gruppe zu erhöhen. Wie ist der Stand der Umsetzung?

Eine weitere Anfrage: wie entwickelt sich in der Schullandschaft die **Einbeziehung (Inklusion) von behinderten** Schülern in normale Klassen? Gibt es bereits Projekte oder sind welche geplant? Was bedeutet das für den Schulträger?

Integration .- Auch wenn es noch nicht alle wahrgenommen haben, im Bereich der Integration hat sich in den letzten Jahren einiges getan. Nicht zuletzt die Stelle des Integrationsbeauftragten und die kontinuierliche Arbeit des **Integrationsrates** haben den Kontakt mit den Bürgern mit Migrationshintergrund merklich verbessert. Ein ausdrückliches Lob an den Oberbürgermeister für seine Besuchsrunde in den Migrantenvereinen, der Gemeinderat könnte sich dieser Runde anschließen und es gleich tun.

Wir stellten bei der letzten Haushaltsberatung den Antrag auf eine **Fortbildung für städtische Angestellte** zum Umgang mit Bürgern mit Migrationshintergrund. Wurde dies umgesetzt?

Lobenswert ist eine Initiative türkischer Bürger, vorzugsweise Frauen, die Informationsveranstaltungen zu Erziehungsfragen anbieten. Darüber hinaus wäre es für uns wichtig, in einem Bericht der VHS zu erfahren, wie die **Sprach- und Integrationskurse** in Geislingen laufen. Dazu gehören die Fragen: Welchen Bedarf an Integrationskursen haben wir? Gibt es Wartezeiten? Ist die Finanzierung gesichert?

Ähnlich dem Stadt seniorenrat sollten wir den **Integrationsrat** als sachkundige Bürger zu den sie betreffenden Themen einladen. Leider sah sich der Gemeinderat in seiner Mehrheit nicht in der Lage, dem Integrationsrat und dem Seniorenrat ein **Antrags- und Initiativrecht** einzuräumen. Wie wir der GZ entnehmen gibt es in Eislingen ein solches Recht für den Ausländerbeirat. Warum geht es dort und nicht bei uns?

Zur Zeit laufen Gespräche des **Stadt seniorenrates** mit den Fraktionen. Dabei steht altersgerechtes Wohnen im Mittelpunkt. Dies wird uns, insbesondere aber die GSW, künftig beschäftigen müssen.

Das erfolgreiche Projekt **WINK (Werkstatt für interkulturelle Kompetenz)** läuft mit sehr gutem Erfolg. Das Projekt, angeleitet von Frau Richmond, ist allerdings befristet. Demnächst steht die Verlängerung an. Inwieweit kann die Stadt dabei unterstützend tätig werden?

Bürgerschaftliches Engagement.- Die Fortschritte im Bürgerlichen Engagement wollen wir wohlwollend hervorheben. Im Netzwerk wie im Lenkungsausschuss wird gute Arbeit geleistet. Wünschenswert wäre eine noch breitere Vernetzung, so dass alle Schichten der Bevölkerung darin vertreten wären.

Jugendhilfeplanung.- Aufgrund der begrenzten Mittel im städtischen Haushalt müssen in der offenen Jugendarbeit Schwerpunkte gebildet werden. Nach unserer Beobachtung besteht ein Mehrbedarf bei der aufsuchenden Jugendarbeit, d.h. bei der Straßensozialarbeit.

Schluss

Zum Abschluss möchten wir uns beim Kämmerer und seinen Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen für die Aufstellung des Haushaltsplans 2011 herzlich bedanken.

Wir nehmen die Gelegenheit gerne wahr und bedanken uns bei allen städtischen Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen für ihre geleistete Arbeit; sie sind fleißige und geschätzte Arbeitskräfte für das Wohl der Bürger und für eine gedeihliche Entwicklung in unserer Heimatstadt.

Wir setzen auf gute und solidarische Beratungen in der kommenden Einzelplanberatung - gemeinsam ist uns das immer ganz gut gelungen, warum sollte es diesmal anders sein ?

Für die SPD-Fraktion ,

Dr. Hansjürgen Götz , 14.12.2010

**Anträge und Anfragen der SPD-Fraktion zum Haushaltsjahr
2011**

1. Heranziehen von Stadtseniorenrat und Integrationsrat als sachkundige Bürger bei den sie betreffenden Themen.
2. Können wir uns das Sanierungsgebiet östlich der Hauptstraße in 2011 leisten ?
3. Bericht über Kosten und Nutzen im Gebiet Bronnenwiesen. Welche Ausgaben und Einnahmen sind zu erwarten ?
4. Kann die Stadt ca. 20 000 € für die Renovierung der Siechenkapelle nicht doch aufbringen ?
5. Wiedereinführung der Planungsrate zur Generalsanierung des Michelberg-Gymnasiums.
6. Keine Reduzierung der Schuletats um 10 %
7. Ab wann belastet das Gewerbegebiet Türkheim unseren Haushalt ?
8. Bericht über die Erfahrungen mit dem Sozialpass/Gutscheinheft (Ende 2011)
9. Bericht vom Runden Tisch Schulsozialarbeit
10. Bericht über die Kinderbetreuung und die Sprachförderung in den Kindergärten. Hat sich die Sprachfähigkeit verbessert ?
11. Wie weit ist die Umsetzung unseres Antrag auf Erhöhung des Fachkräfteschlüssels auf 1,8 in den Kindergärten durchgeführt ?
12. Bericht zur Inklusion von behinderten Kindern in normale Schulklassen ? Gibt es bereits Projekte ?
13. Bericht über die Fortbildung städtischer Angestellter im Umgang mit Migranten und Ausländern.
14. Bericht der VHS über Ergebnisse der Sprach- und Integrationskurse. Gibt es Wartezeiten ?
15. Bericht über die Werkstatt für interkulturelle Kompetenz (WINK). Ist das Projekt gesichert ?
16. Für den Omnibusbahnhof sind 50 000 € eingestellt. Wofür ?
17. Welche Planung gibt es für den Oberlin-Kindergarten ?
18. Ist ein Stiftungslehrstuhl für Hochschule Geislingen noch notwendig ?
19. Was ist ein Traufsitzer (HH-Plan S.552) ?